

Stabilität, Perspektiven und Fortschritt



Foto: Land Tirol/Charly Schwarz

**Ausstellung im
Landhaus**
„Vom Gauhaus
zum Landhaus“
Seite 29

Tirols Landespolitik

Schwerpunkte:
Verwaltungsreform &
Bauwirtschaft

■ Seite 4

Tirol fördert

Netzdienliche
Stromspeicher
für PV-Anlagen

■ Seite 10

Unter einem Dach

Krisen- und Katastrophenschutzzentrum
des Landes

■ Seite 16



Jetzt Nominierungen für Tiroler Frauenpreis einreichen!



Viele engagierte Frauen setzen sich für die Gleichstellung der Geschlechter ein – so auch in Tirol. Um dieses Engagement vor den Vorhang zu holen, wird 2024 erstmals der Tiroler Frauenpreis ausgeschrieben. Er soll Frauen aus verschiedenen Bereichen würdigen, die sich auf vielfältige Art und Weise für die Chancengleichheit und Gleichstellung

in Tirol einsetzen. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und zeichnet entweder eine weibliche Einzelperson oder ein Projekt aus, bei dem auch Männer beteiligt sein können. Die Beurteilung nimmt eine fünfköpfige Expertinnenjury unter der Leitung von Frauenlandesrätin Eva Pawlata vor. Der Frauenpreis 2024 wird am 30. April im Landhaus in

Innsbruck übergeben.

Nähere Informationen finden Sie unter:

🔗 tirol.gv.at/frauenpreis

Nominierungen für den Tiroler Frauenpreis können bis zum 8. März 2024 in Form eines Formulars (siehe Website) über diese E-Mail-Adresse eingereicht werden: ✉ ga.diversitaet@tirol.gv.at



TRIGOS Tirol 2024: Noch bis 1. März Projekte einreichen!



Nachhaltiges Wirtschaften wird auch heuer wieder ausgezeichnet: Die Einreichfrist für den TRIGOS Tirol 2024 läuft! Die Auszeichnung von Wirtschaftskammer Tirol und Land Tirol sowie weiteren Partnern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft würdigt Betriebe, die sozial, ökologisch und ökonomisch vorbildlich agieren. Einreichungen sind noch bis 1. März 2024 in den drei Kategorien „Regionale Wertschaffung“, „Vorbildliche Projekte“ und „Klimaschutz“ möglich. Ihr Unternehmen macht sich für die Region stark, verringert die Umweltauswirkungen bei Produktionsprozessen sowie Betriebsabläufen und fördert Chancengleichheit und Resilienz? Alle Informationen zum TRIGOS Tirol 2024 und die Einreichunterlagen finden Sie unter: 🔗 trigos.at/tirol

Lernen Sie freiwillige Tätigkeiten kennen – Freiwilligenwoche 2024



Von 24. bis 30. April findet die Freiwilligenwoche statt. In dieser Woche können Sie unverbindlich und kostenlos verschiedene freiwillige Tätigkeitsbereiche kennenlernen. Es erwarten Sie Mitmach-Projekte, Seminare und Vorträge in allen Tiroler Bezirken. Organisiert wird die Aktion von der Freiwilligenpartnerschaft Tirol mit ihren elf Freiwilligenzentren sowie zahlreichen Unternehmen, Einrichtungen, Vereinen und Organisationen. Sie möchten sich auch über die Freiwilligenwoche hinaus ehrenamtlich engagieren? Die Freiwilligenzentren bieten das ganze Jahr über ein vielfältiges Angebot. Weitere Informationen und die Anmeldung zur Freiwilligenwoche (ab 15. Februar 2024) unter: 🔗 freiwilligenzentren-tirol.at

Inhalt



12

Digitale Verwaltung

Effizient, bürgernah und zugänglich



14

Familie und Kinder

Betreuungsangebot wird weiter ausgebaut



18

Auf Schiene

Öffi-Ausbau schreitet zügig voran



30

Digitale Barrierefreiheit

Ein Experte gibt Einblick



Liebe Tirolerinnen und Tiroler!

Das Land Tirol setzt auf Stabilität, Perspektiven und Fortschritt. Die Regierungsklausur bringt eine moderne, bürgernahe Verwaltung und zukunftsorientierte Bauentwicklung für Tirol.

In den kommenden zwei Jahren wird vom Land und den Landesunternehmen intensiv gebaut. Das reguläre Landesbauprogramm bringt Perspektive und Sicherheit für die angeschlagene regionale Bauwirtschaft.

Die Bevölkerung wird gehört – das ist das Ziel des Tirol-Konvents. Wir setzen auf die Kraft vieler – nämlich von Bürgerinnen und Bürgern, Expertinnen und Experten und direkt Betroffenen, um die Verwaltung zu verbessern.

Als Landeshauptmann ist es mir ein Anliegen, Sie stets über aktuelle Vorhaben der Tiroler Landesregierung und spannende Projekte zu informieren – auch in der aktuellen Ausgabe der Landeszeitung.

Tirol ist ein schönes, erfolgreiches und hilfsbereites Land – schauen wir darauf, dass das so bleibt. Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches Jahr 2024!

Ihr Anton Mattle

Landeshauptmann von Tirol

IMPRESSUM Informationsmagazin der Tiroler Landesregierung / Auflage: 369.469 Stück
MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER: Land Tirol. **CHEFREDAKTION:** Mag. Florian Kurzthaler. **REDAKTIONELLE KOORDINATION:** Mag. Alexandra Sidon. **REDAKTION:** Maximilian Brandhuber, BA, Eda Celik, Mara Dorfmann, MA, Mag. Christa Entstrasser-Müller, Anna Krepper, MA, Ida Pichler, MA, Konrad Pölzl, MA, Lea Knabl, MA, Maximilian Oswald, MA, Bettina Sax, BA MSc, Mag. Robert Schwarz. **KONTAKT:** Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Landhaus 1, 6020 Innsbruck, Tel.: 0043-(0)512/508-1902, E-Mail: landeszeitung@tirol.gv.at. **GRAFIK:** Florian Fettner, Nina Rippl. **DRUCK:** Intergraphik GmbH. **OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25 MEDIENGESETZ:** Medieninhaber: Land Tirol. **ERKLÄRUNG ÜBER DIE GRUNDLEGENDE RICHTUNG:** Information der BürgerInnen über die Arbeit der Landesregierung, der Landesverwaltung und des Landtags.



Verwaltungsreform für die Menschen ...

Zu Jahresbeginn findet traditionell die Regierungsklausur statt. Festgelegt werden dabei abseits der Tagespolitik Schwerpunkte, die für die Entwicklung des Landes ausschlaggebend sind. Heuer fand sich die Tiroler Landesregierung in Bad Häring (Bezirk Kufstein) ein. Im Fokus: das reguläre Landesbauprogramm und der Tirol-Konvent.

Ausweise beantragen, Wohnbauförderung einreichen oder Pflegeansuchen stellen: Jede Bürgerin und jeder Bürger kommt in seinem Leben in Kontakt mit der Verwaltung. Umso wichtiger ist es, dass dieser Kontakt einfach, bürgernah und verstärkt auch digital möglich ist. Kontakt- und Einreichmöglichkeiten per Telefon oder Post bleiben natürlich weiterhin bestehen.

Um die Verwaltung im Amt der Tiroler Landesregierung sowie an den Bezirkshauptmannschaften in Tirol weiterzuentwickeln, wird im heurigen Jahr ein Tirol-Konvent eingesetzt – samt BürgerInnen-Rat.

Tirol-Konvent = viele Menschen, ein Ziel

Was im ersten Moment abstrakt wirkt, ist ein Prozess, bei dem viele Beteiligte gemeinsam die Leitlinien für die Zukunft der Tiroler Landesverwaltung ausarbeiten (eine kurze Erklärung auf Seite 5). Die Ziele des Tirol-Konvents sind beispielsweise: Amtswege sowie Genehmigungs- und Förderverfahren weiter digitalisieren, Bezirkshauptmannschaften weiter zu Service-Drehscheiben ausbauen, „Leichte Sprache“ und die digitale Barrierefreiheit weiter forcieren, die Verwaltung entbürokratisieren oder niederschwellige Kommunikationssysteme (beispielsweise Video-Beratung) stärken. Um vor allem die Erfahrungen der BürgerInnen oder besonders Betroffenen wie UnternehmerInnen oder LandwirtInnen in das Verbesserungsvorhaben einfließen zu lassen, kommen sie im Tirol-Konvent zusammen. Auch die Gemeinden sollen miteinbezogen werden.

Vielleicht sind auch Sie beim Tirol-Konvent?

Ein Herzstück des Tirol-Konvents ist der BürgerInnen-Rat. Ähnlich dem „Schöffenprinzip“ werden mindestens 27 Personen – drei aus jedem Bezirk – per Zufallsprinzip ausgewählt. Sie sollen beim Tirol-Konvent mitwirken und ihre Erfahrungen, Ideen und Vorschläge einbringen. Unterschied zum „Schöffenprinzip“: Die Mitarbeit ist freiwillig. Das heißt: Vielleicht werden auch Sie bald eingeladen, beim Tirol-Konvent mitzumachen. Sie können damit wesentlich dazu beitragen, die Verwaltung in Tirol weiter zu verbessern.

Innen- und Außensicht auf die Verwaltung im Fokus

Im Zuge des Prozesses wird die Sicht von innen (beispielsweise Interviews mit MitarbeiterInnen) ebenso berücksichtigt, wie jene von außen (beispielsweise Interviews mit LeistungsbezieherInnen – also klassischen „KundInnen“ des Landes Tirol bzw. der Bezirkshauptmannschaften). „Wir wollen eine Landesverwaltung, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen und mitgestaltet wird. Mit dem Tirol-Konvent schlagen wir dafür die ersten Pflöcke ein“, betonten Landeshauptmann Anton Mattle und sein Stellvertreter, LHStv Georg Dornauer, bereits bei der Präsentation des Vorhabens.

Vision: „One-Stop-Shop“

Eines der Ziele des Tirol-Konvents ist es auch, die Zahl der Anlaufstellen zu optimieren. „Eine zentrale Telefonnummer, eine zentrale Anlaufstelle, ein zentrales Bürgerservice – eine Station für alle Anliegen. In welcher Form dies umgesetzt werden wird, wird der Tirol-Konvent aufzeigen“, erklärt LH Mattle, der eine Strukturreform als laufenden Prozess sieht.

„Wir setzen neue Maßstäbe in Sachen Verwaltungsvereinfachung – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.“

– LH Anton Mattle

Kurz erklärt: Der Tirol-Konvent

„Konvent“ stammt aus dem Lateinischen und ist eine Zusammenkunft oder eine Versammlung. Beim Tirol-Konvent sind es politische VertreterInnen, BürgerInnen, ExpertInnen und Stakeholder (beispielsweise Sozialpartner) die zusammenkommen.

Schon gewusst?

Auch in der Vergangenheit gab es Tirol-Konvente (allerdings ohne die direkte Einbindung von BürgerInnen). Ergebnisse waren dabei unter anderem: Alle Gesetze, die vor dem 1. Jänner 1980 erlassen wurden, wurden bis auf wenige Ausnahmen aufgehoben. Auch wurden Systeme überarbeitet – infolgedessen wurde die Erstellung von 80.000 Bescheiden eingespart.

Ablauf Tirol-Konvent

Innerhalb eines Jahres soll folgender Prozess durchlaufen werden:

Interviews

- **Innensicht:** ExpertInnen aus der Verwaltung
- **Außensicht:** TirolerInnen, die Verwaltungsleistungen des Landes Tirol/der Bezirkshauptmannschaften in Anspruch genommen haben

Workshops

- Ausarbeitung konkreter Vorschläge auf Basis der Interviewergebnisse
- Einbeziehung von Stakeholdern (z. B. Gemeindeverband, Sozialpartner, etc.)

Bürger-Innenrat

- Mindestens 27 zufällig ausgewählte Personen aus Tirol (drei pro Bezirk)
- Rückmeldungen werden eingearbeitet

Endbericht

- Erarbeitung Umsetzungsprogramm

Bezirkstour

- Präsentation des Endberichts



Die Öztaler Ache verursachte infolge der Unwetter im Sommer 2023 zahlreiche Schäden – im Bild LH Mattle und LRⁱⁿ Mair bei der damaligen Besichtigung der Schäden an der Öztaler Straße. Diese konnte innerhalb weniger Tage instandgesetzt werden. Weitere Schäden entlang der Öztaler Ache werden im Zuge des Bauprogramms beseitigt.

... und hier wird **2024** und **2025** gebaut.

Nicht nur in Sachen Verwaltung wird in die Zukunft investiert: auch beim regulären Landesbauprogramm. In den Jahren 2024 und 2025 werden insgesamt über zwei Milliarden Euro von Land, Gemeinden und Landesunternehmen investiert. Dass sich die Tiroler Landesregierung zu diesem Bauprogramm bei ihrer Klausur bekannt und dies mit einem Beschluss fixiert hat, hat folgenden Hintergrund: „Die regionale und kleinstrukturierte Bauwirtschaft braucht gerade in Zeiten der Verunsicherung Perspektive und Sicherheit. Diese schaffen wir mit einem zweijährigen Bauprogramm, das regionale Projekte umfasst, die mit jetzigem Stand umsetzungsreif sind“, erklärt LH Mattle.

Weiterer Klausurbeschluss: „Um die Tiroler Gemeinden noch besser bei ihren Vorhaben zu unterstützen, legen wir auch einen Infrastrukturfonds für Neubauten und Sanierungen von Liegenschaften im Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung in Höhe von zehn Millionen

Euro auf“, betont Gemeindereferent LH Mattle. Das heißt: Gemeinden können als Erhalter der Einrichtungen für Baumaßnahmen um zusätzliche Förderungen ansuchen.

Weitere Informationen zum Bauprogramm finden Sie auf den **Seiten 8 und 9**.

Beispiele aus den Bezirken:

Bezirk Innsbruck-Stadt:

Erweiterung und Sanierung Ferdinandeum Innsbruck sowie Tiroler Landesarchiv, Katastrophenschutzzentrum Schloss Mentlberg, B 174 Innsbrucker Straße – Umgestaltung Südring zwischen Westbahnhof und Pastorstraße, Alltagsradweg (Innsbruck-Mitte bis Schloss Ambras)

Bezirk Innsbruck-Land:

Neubau des Wohnhauses Kinderheim Axams, B 182 Brennerstraße – Erneuerung Ufermauer Sill, Stubaitalradweg (Stephansbrücke – Telfes – Mieders), Neustift – Sofortmaßnahmen Ruetz bzw. Beseitigung Hochwasserschäden aus dem Jahr 2023



Bezirk Reutte:

Gebäudeadaptierung Amtsgebäude Bahnhofstraße Reutte, Radweg Breitenwang bis Plansee (Radbrücke Seespitze), Reutte-Lüß – Neubau Hochwasserschutz Lech, Häselgehr – Verbauung Heuberg-Lawine

Bezirk Imst:

LLA Imst Neubau Gutshof, B 171 Tiroler Straße – Neubau Milser Innbrücke inkl. abgesetzter Radfahrstreifen, St. Leonhard im Pitztal – Neubau Hochwasserschutz Pitze



Es tut sich auch was am Fernpass.
Alle Informationen dazu unter:

tirol.gv.at/fernpass

Bezirk Landeck:

B 180 Reschenstraße – Kanzelgalerie Ausbau zwischen Tschingelgalerie und unterem Finstermünztunnel, Stanzertalradweg (Abschnitt Wiesberg), Kappl – Verbauung Diasbach, See – Verbauung Schallerbach

Bezirk Schwaz:

B 169 Zillertalstraße – neue Lärmschutzwand Aschau, Generalsanierung Brettfalltunnel, Achenkirch – Neubau Hochwasserschutz Seeache, Bruck – Verbauung Fiechterbach

Bezirk Kitzbühel:

Sanierung und Aufstockung der Tiroler Fachberufsschule Kitzbühel, Kössen – Neubau Hochwasserschutz Grossache/Kläranlage, Kirchberg – Verbauung Kienzigbach Kreuzbach, Hopfgarten – Neubau Hochwasserschutz Brixentaler Ache

Bezirk Kufstein:

Radweg Wildschönau (Oberau bis Mühlthal), Kufstein – Neubau Geschieberückhaltebecken Kienbach

Bezirk Lienz:

Neubau Internatstrakt Schloss Lengberg, L 324 Pustertaler Höhenstraße – Generalsanierung Abschnitte Platschbach bis Burg (Assling) und Ortsdurchfahrt Asch (Anras), Heinfels/Sillian – Neubau Hochwasserschutz Villgratenbach, Prägraten – Verbauung Alingtal-Lawine



Hier finden Sie eine Übersicht aller Projekte im regulären Landesbauprogramm 2024/2025 sowie die Investitionen der Landesunternehmen.

Landesbauprogramm 2024/2025: Land Tirol kurbelt Konjunkturmotor an

Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit und einer nachhaltigen Beschäftigung muss die öffentliche Hand positive Impulse setzen. Die Tiroler Landesregierung nimmt dabei ihre Verantwortung als Konjunkturmotor wahr und hat ein Landesbauprogramm 2024 und 2025 beschlossen. In den Bereichen Hochbau, Landesstraßen, Radwege, Wasserbau sowie Wildbach- und Lawinenverbauung sind von den zwei Milliarden Euro rund 426 Millionen Euro (inklusive Infrastrukturfonds) von Seiten des Landes für Groß-Bauprojekte sowie zahlreiche kleinere Projekte vorgesehen.

Zahlen und Fakten:

- 10 Millionen Euro für **Infrastrukturfonds** für Neubauten und Sanierungen im Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsbereich
- **Hochbau:** rund 135 Millionen Euro
- **Landesstraßen:** rund 100 Millionen Euro
- **Radwege:** rund 22 Millionen Euro
- **Wasserbau:** rund 54 Millionen Euro
- **Wildbach- und Lawinenverbauung:** rund 105 Millionen Euro

„Ob bei der Klimakrise, beim notwendigen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, im Pflegebereich oder beim ganztägigen und ganzjährigen Ausbau der Kinderbetreuung: Diese Aufgaben verlangen nicht nur unsere größtmögliche Aufmerksamkeit, sondern auch umfassende und strategische Investitionen“, erklärt Hochbaureferent LHStv Georg Dornauer.

Weitere Infos zum Landesbauprogramm
finden Sie hier:



Hinweis: Projekte in den jeweiligen Bezirken
finden Sie auf den **Seiten 6 und 7.**

„Die Bau- und Baunebenwirtschaft mit ihren tausenden Arbeitsplätzen kann sich auf uns als Partner und Investor verlassen.“

– LHStv Georg Dornauer



Beispiel: Investitionen in Tiroler Fachberufsschulen

Sei es für eine Lehre im Bereich Handel, Elektrotechnik oder der Schönheitsberufe – rund 3.200 Lehrlinge besuchen jährlich das Berufsschulzentrum Lohbachufer im Westen Innsbrucks – Tendenz steigend. Errichtet wurde das Bestandsgebäude in den 1970er-Jahren. Heute befinden sich dort die drei eigenständigen Fachberufsschulen für Handel und Büro, für Elektrotechnik, Kommunikation und Elektronik sowie für Ernährung, Schönheit, Chemie und Medien unter einem Dach.

Um auch in Zukunft an allen drei Schulen Ausbildung auf höchstem Niveau zu gewährleisten, wird der Gebäudekomplex bis 2027 modernisiert und erweitert. Rund 24 Millionen Euro werden für die Erweiterung der Schule zur Verfügung stehen. Damit zählt es zu einem der derzeit größten Projekte des Landeshochbaus.



Wussten Sie, dass ...

... es in Tirol insgesamt 21 Fachberufsschulen gibt, wovon zwei privat organisiert sind? Insgesamt über 12.000 SchülerInnen werden jährlich von etwa 550 Lehrpersonen unterrichtet und in den verschiedensten Lehrberufen ausgebildet. Neben dem Neubau und der Instandhaltung der Räumlichkeiten fördert das Land Tirol die Fachberufsschulen jährlich mit rund acht Millionen Euro.

„Das Land Tirol investiert Jahr für Jahr in den Ausbau unserer Bildungseinrichtungen – seien es Kindergärten, Werkstätten für Schulen oder Fachberufsschulen.“

– LHStv Georg Dornauer



Das Berufsschulzentrum Lohbachufer wird stellenweise umstrukturiert und um bis zu zwei Etagen aufgestockt.



Die Sonne im Keller: Tirol fördert Strom- speicher für PV-Anlagen

Seit 1. Jänner 2024 gibt es in Tirol eine neue Landesförderung für netzdienliche Stromspeichersysteme für Photovoltaik (PV)-Anlagen. Die Förderung beträgt 150 Euro pro Kilowattstunde Speicherkapazität und ist mit zehn Kilowattstunden und 1.500 Euro begrenzt.

„Die neue Landesförderung für Stromspeicher hat das Ziel, den Eigenverbrauchsanteil zu maximieren, die Stromkosten zu minimieren und die Netzbelastung zu optimieren. PV auf dem eigenen Hausdach wird damit noch attraktiver“, so LHStv Josef Geisler. Rund 60 Prozent der produzierten Energie können durch die Kombination einer PV-Anlage mit einem Speichersystem selbst verbraucht werden. Ohne Speichersystem liegt der Eigenverbrauch bei 30 bis 40 Prozent. „Wir haben zwar in Tirol gemeinsam mit Vorarlberg die niedrigsten Strompreise, die Investition in einen Speicher ist aber auch vor dem Hintergrund rückläufiger Einspeisetarife für Sonnenstrom sinnvoll“, skizziert LHStv Geisler die Vorteile. Zwei Millionen Euro stellt das Land Tirol im heurigen Jahr für die neue Speicherförderung zur Verfügung.

Vom Dach in die Batterie und ins Netz

Immer mehr TirolerInnen setzen auf die Kraft der Sonne. Ersten Schätzungen

zufolge wurden im vergangenen Jahr mindestens 7.000 PV-Anlagen an das Stromnetz angeschlossen – mehr als das Doppelte als im Jahr zuvor. Das belastet auch die Stromnetze. Entlastend für das Stromnetz wirken intelligente Speichersysteme. Durch eine zielgerichtete Ladung des Batteriespeichers kann der Sonnenstrom etwa um die Mittagszeit, wenn die Sonnenstromproduktion und die Netzbelastung am höchsten sind, dezentral in den Kellern gespeichert werden. Damit steht der Sonnenstrom Tag und Nacht für den Eigenverbrauch zur Verfügung. Ins Netz eingespeist wird vorrangig dann, wenn es Bedarf und Kapazität gibt. Um die Netze fit für die Energiewende zu machen, werden im heurigen Jahr zudem dreistellige Millionenbeträge in den Netzausbau investiert.

Meilenstein: Mehr als die Hälfte Erneuerbare

Tirol hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 energieautonom zu werden, seinen Energiebedarf um 37 Prozent zu reduzieren und unterm Strich aus heimischen, erneuerbaren Energiequellen zu decken. „Wir nähern uns diesem Ziel Schritt für Schritt. Im Jahr 2022 lag der Anteil erneuerbarer Energie in Tirol erstmals über 50 Prozent. Das ist ein Meilenstein auf dem Weg in die Energieunabhängigkeit“, freut sich Tirols Energiereferent. Auch der Energiebedarf ist in Tirol zuletzt um mehr als fünf Prozent gesunken. „Es schaut so aus, als hätten wir die Trendwende

geschafft. Die schönen Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Sachen Ausstieg aus Öl und Gas, Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren noch viel zu tun haben“, ist sich LHStv Geisler bewusst.

Förderung für Wärmepumpen

Auf dem Vormarsch sind auch Wärmepumpen. In Kombination mit einer PV-Anlage und einem Speicher ist dieses hocheffiziente Heizsystem besonders attraktiv. Der Einbau von Wärmepumpen wird über die Wohnbauförderung unterstützt. Wer neu baut, aber keine Wohnbauförderung in Anspruch nimmt, kommt trotzdem in den Genuss einer Landesunterstützung. Die einkommensunabhängige Impulsförderung für Wärmepumpen wurde 2024 verlängert. Bislang hat das Land auf diesem Wege rund 1.000 Wärmepumpen mit 1,3 Millionen Euro unterstützt. Rund 35.000 gut gedämmte Einfamilienhäuser können aktuell in Tirol mit Umweltwärme versorgt werden.

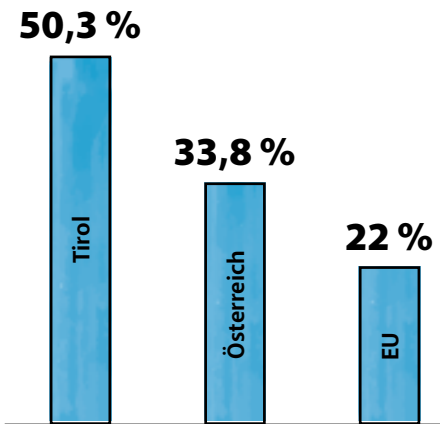
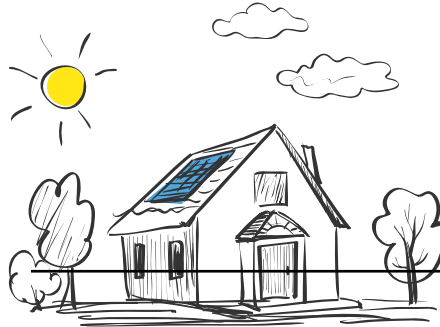
„Eigenverbrauch maximieren, Kosten sparen, Netz entlasten.“

- LHStv Josef Geisler

Tirol auf dem Weg in die Energieunabhängigkeit 2050

Anteil erneuerbarer Energie am gesamten Energiebedarf

- Tirol: 50,3 Prozent
- Österreich: 33,8 Prozent
- EU: 22 Prozent



Förderung Stromspeicher für PV-Anlagen

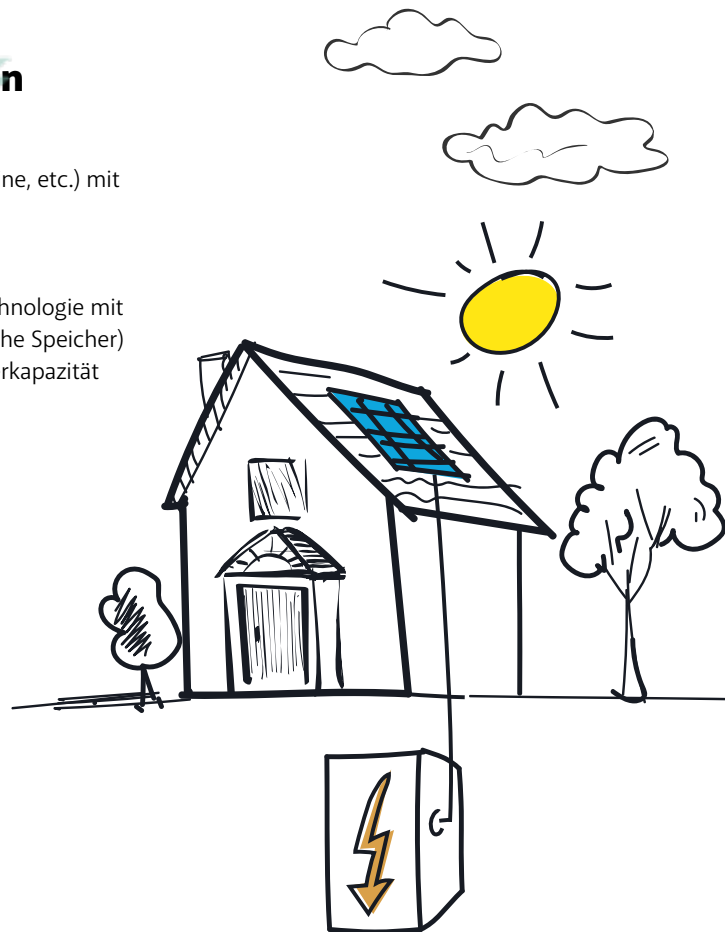
Wer kann die Förderung beantragen?

- Natürliche (Privatpersonen) und juristische Personen (Betriebe, Vereine, etc.) mit Hauptwohnsitz, Nebenwohnsitz oder Firmenstandort in Tirol

Was wird gefördert?

- Stromspeicheranlagen basierend auf Lithium- und Natriumionentechnologie mit handelsüblichen Wechselrichtern mit Steuermöglichkeit (netzdienliche Speicher)
- Neu errichtete Stromspeicheranlagen mit 150 Euro pro kWh Speicherkapazität (bei größeren Anlagen die ersten 10 kWh)
- Erweiterung bestehender Speicher bis zu einer Speicherkapazität von 10 kWh mit 150 Euro pro kWh
- Errichtung und Inbetriebnahme ab 1. Jänner 2024

Bund: Werden PV-Anlage und Speicher gemeinsam angeschafft, entfällt die Mehrwertsteuer auch für den Speicher (bis 35 kW).



Impulsförderung Wärmepumpen im privaten Neubau (außerhalb Wohnbauförderung)

Wer kann die Förderung beantragen?

- Natürliche Personen (Privatpersonen) mit Hauptwohnsitz in Tirol; einkommensunabhängig; nicht mit Wohnbauförderung kombinierbar

Was wird gefördert?

- hocheffiziente elektrisch betriebene Wärmepumpe als Hauptheizsystem im neu errichteten Eigenheim mit bis zu zwei Wohnungen bzw. bei Um- und Zubauten
- Erdwärmepumpe: 3.000 Euro
- Grundwasserwärmepumpe: 3.000 Euro
- Luftwärmepumpe: 700 Euro
- Abluft-Wärmepumpe als Luft-Wasser-Wärmepumpe: 700 Euro

Förderrichtlinie und
Online-Antrag unter:
[tirol.gv.at/
energiefoerderungen](https://www.tirol.gv.at/energiefoerderungen)



„Die digitale Verwaltung ist keine Zukunftsmusik – sie passiert jetzt.“

– LR Mario Gerber

Digitale Verwaltung bringt viele Vorteile

Das Land Tirol verfügt bereits über viele digitale Serviceangebote. Das soll weiter ausgebaut werden: noch bürgernaher, noch effizienter und noch leichter zugänglich für alle. Mit dem Tiroler Digitalisierungsgesetz wurde der rechtliche Rahmen für digitale Neuerungen geschaffen.

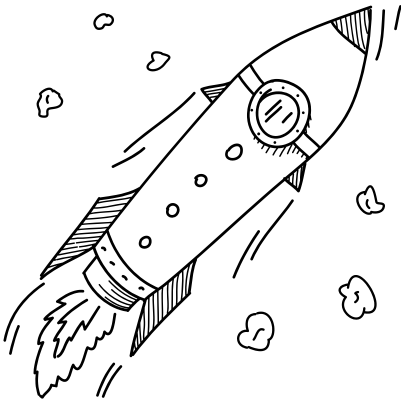
67 Landesgesetze werden mit dem Tiroler Digitalisierungsgesetz, das mit 1. Jänner 2024 in Kraft getreten ist, an den technologischen Fortschritt angepasst. „Damit haben wir den Weg für eine zukunftsfitte und moderne Verwaltung geebnet. Das Tiroler Digitalisierungsgesetz ist das Fundament dafür, dass Amtswege künftig weitestgehend und unkompliziert online erledigt werden können“, betont Digitalisierungslandesrat Mario Gerber und ergänzt: „Um die Verfahren für die Antragstellenden zu vereinfachen und zu beschleunigen, sollen für alle Leistungen künftig standardmäßig digitale Alternativen zur Verfügung stehen. Die digitale Verwaltung ist mit vielen Vorteilen sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen verbunden.“

Start in die digitale Zukunft

Langfristiges Ziel ist es, dass Mehrfacheinreichungen von personenbezogenen Daten nicht mehr erforderlich sind. Das heißt: Will eine Person oder ein Unternehmen einen Förderantrag stellen, so müssen Daten wie Vor- und Familienname, Postanschrift oder Firmenwortlaut angegeben werden. Wird zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Förderung beim Land Tirol beantragt, sind die persönlichen Daten bereits hinterlegt. Das heißt, sie können von der Behörde – unter Einhaltung des Datenschutzes, zum Beispiel auf Basis einer Einwilligung – wiederverwendet werden. Zudem wurde mit dem Digitalisierungsgesetz auch die rechtliche Grundlage für die digitale Baueinreichung geschaffen – sprich: Die Gemeinden können nun mit der technischen Umsetzung beginnen. Auch Jagd- und Fischereikarten sollen künftig digital ausgestellt werden können.

„Ziel ist es, einen Spitzenplatz im Wettbewerb der digitalen Regionen einzunehmen.“

– LR Mario Gerber



Land Tirol App

tirol.gv.at/landtirolapp

Ob Push-Nachrichten direkt aufs Smartphone (beispielsweise bei Ereignissen wie längeren Sperren von Landesstraßen oder hoher Lawinengefahr), der Zugriff auf über 250 Verkehrswebcams in ganz Tirol, Online-Terminvereinbarungen oder der digitale Familienpass: Die Land Tirol App bündelt Infos und Services und versorgt die TirolerInnen rund um die Uhr und ortsunabhängig mit Neuigkeiten.



Digital Service Tirol

service.tirol.gv.at

Die Plattform „Digital Service Tirol“ des Landes bündelt Services für Privatpersonen und Unternehmen. BürgerInnen können hier beispielsweise ihren Familienpass einsehen sowie persönliche Daten bearbeiten oder direkt auf die Onlineformulare des Landes zugreifen. Vorteil: Einige Felder werden so auf Basis der im Profil erfassten Daten automatisch vorausgefüllt. Auch sind Zwischenspeicherungen möglich und die gesendeten Formulare werden in einer Übersicht angezeigt.

Mit der „Digitalen Dokumentenmappe“ können Unternehmen rasch und unkompliziert auf wesentliche Dokumente wie Betriebsanlagenbescheide zugreifen.

Online-Terminvereinbarung

termin.tirol.gv.at

Für insgesamt 30 verschiedene Leistungsangebote kann derzeit online ein Termin bei den Tiroler Bezirkshauptmannschaften sowie beim Amt der Tiroler Landesregierung vereinbart werden. Dazu zählen unter anderem: Reisepass-Beantragung, Beratungstermine zur Wohnbauförderung oder ID Austria sowie Impftermine.



„Die digitale Verwaltung bietet sowohl der Bevölkerung als auch den Unternehmen einen Mehrwert.“

– LR Mario Gerber

Schon gesehen?

Auf der Website des Landes Tirol tirol.gv.at gibt es eine Neuerung: Mit Klick auf den neuen Button  „Mein Land Tirol“, der sich zwischen dem „Leicht Lesen“-Button und dem Land Tirol Logo am oberen, rechten Seitenende findet, kommt man mit nur einem Klick zur Plattform Digital Service Tirol sowie zur Land Tirol App.



Mehr Raum für mehr Kinder

Ganztägig – das heißt insgesamt mindestens 45 Stunden pro Woche geöffnet. Ganztätig – das heißt, mindestens 47 Wochen pro Jahr. Ein solch ganztätiges und ganztätiges Kinderbetreuungsangebot soll in Tirol noch weiter ausgebaut werden. Dieses Ziel wurde mit dem Recht auf Vermittlung eines Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsplatzes als einer der zentralen Punkte im Regierungsprogramm festgehalten. Die dazugehörige Infrastrukturoffensive nimmt Fahrt auf.

In Tirol werden aktuell in 1.235 Einrichtungen (484 Kindergärten, 310 Kinderkrippen, 114 Horte, 16 Kinderspielgruppen, 133 Tageseltern für eine Tagesbetreuung sowie 178 Ganztatsschulen) über 41.300 Kinder unter 15 Jahren betreut – ein neuer Höchststand. Für sie

alle braucht es auch qualitätsvolle und moderne Räumlichkeiten.

Um bis 2026 den Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsplatzes in Tirol erstmals umzusetzen, investiert das Land in den kommenden Jahren verstärkt in den Ausbau von Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Ziel ist es, dass wohnortnahe, möglichst mit öffentlichen Verkehrsmitteln in 15 Minuten Fahrtzeit erreichbare Kinderkrippen und Kindergärten geschaffen, modernisiert und erweitert werden. Mit Frühjahr 2024 soll auf Basis erster Bedarfserhebungen der Plan der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen vorliegen. „Mit diesen zusätzlichen Investitionen wollen wir ein ganztätiges, ganztätiges und wohnortnahes Angebot an Kinderbetreuungs-

plätzen in ganz Tirol ermöglichen“, betont Bildungslandesrätin Cornelia Hagele.

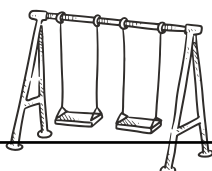
Land fördert Ausbau und Qualitätsverbesserungen

Erhalter von Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen wie Gemeinden und private Vereine werden vom Land Tirol bei Investitionen oder beim Aus-, Um- oder Zubau von Gruppenräumen sowie bei Personalkosten unterstützt. Gefördert werden auch Investitionen, um eine barrierefreie Ausstattung umzusetzen oder erweiterte Öffnungszeiten zu erreichen (dafür gibt es übrigens einen Indikator – VIF – der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Öffnungszeiten vorgibt). Damit soll eine mit der Vollbeschäftigung der Eltern zu vereinbarende Kinderbetreuung erreicht werden. Bei Kinderkrippen, Kindergärten und alterserweiterten Einrichtungen gibt er beispielsweise vor: eine wöchentliche Öffnungszeit von mindestens 45 Stunden an fünf Tagen

„Tirol setzt auf hochwertige Bildung und Betreuung für alle Kinder.“

– LRⁱⁿ Cornelia Hagele

pro Woche und mindestens neun-
halb Stunden täglich an mindestens
vier der fünf Tage. Darüber hinaus muss
diese elementare Bildung inklusive
eines Verpflegungsangebotes ganzjährig
mindestens 47 Wochen im Kinder-
gartenjahr angeboten werden. Zudem
wurde neben der Förderung von Lei-
tungstätigkeiten auch der Zuschuss für
Ferienöffnungszeiten erhöht. Auch gibt
es Fördermöglichkeiten für zusätzliches
Personal, um den Betreuungsschlüssel
zu verbessern.



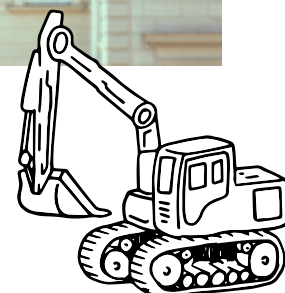
Kinder, Bildung und Betreuung in Zahlen

Derzeit leben in Tirol etwa
111.700 Kinder unter 15 Jahren.
Insgesamt wurde im Betreu-
ungsjahr 2022/23 **über ein
Drittel (41.300)** dieser Kinder
in einer Kinderbildungs- oder
Kinderbetreuungseinrichtung
betreut. Damit stieg die Gesamt-
betreuungsquote aller Alters-
gruppen mit 1.400 betreuten
Kindern mehr im Vergleich zum
Vorjahr um rund ein Prozent. In
den letzten fünf Jahren konnte
zudem der Bestand an Kinderbil-
dungs- und Kinderbetreuungs-
einrichtungen auf insgesamt **908
Einrichtungen** und damit um
83 Einheiten erweitert werden.
Vor allem die **Zahl der Kinder-
krippen mit 51 neuen und der
Horte mit 22 neuen Standorten**
hat seit 2017/18 insgesamt um
45 Prozent zugenommen. Auch
die Zahl der Kindergärten stieg
mit zehn neuen Einrichtungen
weiter. **108,6 Millionen Euro:** So
viel wurde vonseiten des Landes
allein im Jahr 2022 in Ausbau,
Personal und Qualitätsverbesse-
rungen in der Kinderbildung und
-betreuung investiert.



Die Brücke ver-
bindet das Kinder-
und Herzzentrum
mit der Frauen-
und Kopfklinik.

Hier wird gebaut: „Klinik 2035“



Medizinische Versorgung nach modernsten Standards – die gilt es abzusichern. Wie?
In Tirol wurde bereits im Jahr 2021 zwischen dem Land Tirol, der Republik Österreich
und den tirol kliniken die Finanzierung des Bau- und Investitionsprogramms „Klinik
2035“ beschlossen. Insgesamt geht es um 48 verschiedene Maßnahmenpakete und
(Infrastruktur-)Projekte, die bis Ende 2035 in die Weiterentwicklung des Landeskran-
kenhaus – Universitätskliniken Innsbruck investiert werden sollen. Die Gesamtkosten
in Höhe von über 833 Millionen Euro werden vom Land Tirol und dem Bund getra-
gen. Mit diesem langfristig angelegten Bauprogramm sollen am Landeskrankenhaus
vor allem Projekte im Chirurgie-Gebäude, der Frauen- und Kopfklinik sowie einem
geplanten Neubau West umgesetzt werden.

Dabei wird auch in den infrastrukturellen Ausbau der Medizinischen Universität
Innsbruck, insbesondere in Einrichtungen für Forschung und Lehre, wie Labor- und
Hörsaalstruktur sowie für weitere studentische Bereiche investiert. Die Anschaffung
von Großgeräten und Investitionen in die IT für Forschung, Lehre und Ausbildung
sind ebenfalls besondere Schwerpunkte des Programms. Durch dieses Bauprogramm
wird in besonderer Weise der medizinische Wissenschaftsstandort Tirol aufgewertet
bzw. für die Anforderungen des medizinischen Fortschritts in den
nächsten Jahrzehnten gerüstet.

Schloss Mentlberg als künftiges Zentrum der Sicherheit



Historische Fassade – moderner Kern: Seit über 100 Jahren thront das Schloss Mentlberg im Stil eines Loireschlusses über Innsbruck. Nun wird der Prachtbau einer neuen Nutzung zugeführt: Künftig beherbergt das historische Gemäuer das neue Krisen- und Katastrophenschutz-Zentrum des Landes.

Ob Waldbrände, Hochwasser oder Stromausfälle – kommt es in Tirol zu einer Krise oder Katastrophe, wird neben den Einsatzorganisationen auch das Krisen- und Katastrophenmanagement des Landes aktiv. Von LawinenexpertInnen über GeologInnen bis hin zu Drohnen-PilotInnen – im Tiroler Zentrum für Krisen- und Katastrophenmanagement sind im Ernstfall insgesamt über 50 LandesmitarbeiterInnen im Einsatz. Hinzu kommen im Bedarfsfall zahlreiche weitere helfende Hände aus verschiedenen Bereichen.

Bisher sind die einzelnen Fachbereiche auf mehrere Standorte in Innsbruck verteilt. Um die Kompetenzen zu bündeln und den internen Austausch nochmals zu verbessern, richtet das Land ein Krisen- und Katastrophenschutz-Zentrum (KAT-Zentrum) im Schloss Mentlberg in Innsbruck ein, in welchem unter anderem der Lawinenwarndienst des Landes, die Landesgeologie, die Landeswarnzentrale oder auch die Abteilung für Einsatzorganisationen ihre neue Heimat finden werden. Von dieser zentralen

Drehscheibe aus werden künftig Lagebeurteilungen vorgenommen, Einsätze koordiniert und Prognosen – etwa zur Lawinengefahr – erstellt.

„Tirols Sicherheitsinfrastruktur ist sehr gut aufgestellt: Das reicht von der Zusammenarbeit zwischen Einsatzorganisationen und Behörden über die technische Ausstattung bis hin zu Notfall-Plänen für unterschiedliche Szenarien. Mit dem neuen KAT-Zentrum im Schloss Mentlberg wird das Krisen- und Katastrophenmanagement noch effizienter“, erklärt Sicherheitslandesrätin Astrid Mair.

Moderner Innenausbau

Unter Einhaltung des Denkmalschutzes wird das historische Schloss in den kommenden Jahren saniert und adaptiert. Geplant sind 60 moderne Arbeitsplätze sowie Lagerräume. „In Zeiten unterschiedlichster möglicher Krisen – seien es Naturkatastrophen oder auch Cyberattacken – bedarf es neben Expertinnen und Experten auch einer zeitgerechten Infrastruktur. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren mit dem neuen KAT-Zentrum künftig nicht nur von kurzen Wegen für schnelle Abstimmungen, sondern auch von der top-modernen Ausstattung. Auch wenn das Gebäude historisch anmutet – das Schloss Mentlberg steht künftig für den modernen Krisen- und Katastrophen-

schutz in Tirol“, so LRⁱⁿ Mair. Besonders hervorzuheben: Das Krisen- und Katastrophenschutz-Zentrum wird auch in Extremsituationen einsatzfähig bleiben. Mit einer autarken Notstromversorgung können die ExpertInnen auch im Falle eines Blackouts weiterarbeiten.

Auch im eigenen Zuhause kann sich jede und jeder für mögliche Krisen und Katastrophen vorbereiten. Diese Artikel sollten in keinem Haushalt fehlen:

- ➔ ausreichend Lebensmittel und Getränke (Wasser und Fruchtsäfte) für mindestens eine Woche
- ➔ Taschenlampe und Reservebatterien
- ➔ batteriebetriebenes Radio bzw. Kurbelradio
- ➔ Gaskocher/Campingkocher
- ➔ Erste-Hilfe-Utensilien sowie Medikamente
- ➔ Hygieneartikel, Toilettenpapier, Zahnbürste und Zahnpasta



Weitere Tipps und Details zur richtigen Haushaltsbevorratung bietet der Ratgeber des Landes Tirol unter:

🔗 tirol.gv.at/bevorratung

2023: Herausforderungen für Tirol

Vom Zugbrand im Terfener Tunnel im Juni, über das Hochwasser im August bis zu den starken Niederschlägen im Dezember: Das Jahr 2023 brachte für die Tiroler Einsatzorganisationen sowie das Krisen- und Katastrophenmanagement des Landes einige Herausforderungen mit sich, die es zu meistern galt.

Juni 2023



Zwei PKW, die sich auf den mitgeführten Autotransportwägen eines Autoreise- und Nachtzugs befanden, gerieten in der Unterinntaltrasse im Bereich Fritzens in Brand. Über 700 Einsatzkräfte waren im Einsatz. Alle 151 Passagiere des Zuges konnten evakuiert werden.

„Auch 2023 hat gezeigt: Auf Tirols Einsatzkräfte ist Verlass.“

– Sicherheitslandesrätin
Astrid Mair



Juli 2023



Starke Gewitter mit Sturmböen zogen über Tirol. Aufgrund von umgestürzten Bäumen kam es zu zahlreichen Straßensperren und Stromausfällen, Hausdächer wurden teilweise abgedeckt. Auch in den Wäldern erzeugte der Sturm massive Schäden: Rund 600.000 Festmeter Schadholz entstanden, die in Folge aus dem Wald entfernt werden mussten bzw. nach wie vor entfernt werden. Der Schaden beläuft sich auf über 30 Millionen Euro.

Oktober 2023



Erneut kam es in Tirol zu starken Föhnstürmen mit Windspitzen von bis zu 180 km/h. Betroffen waren vor allem die Bezirke Innsbruck-Land, Innsbruck-Stadt und Schwaz. Abermals kam es zu Straßensperren, Schäden an Gebäuden und vorübergehenden Stromausfällen.

August 2023



Nach massiven Regenfällen stiegen die Pegel einiger Flüsse in Tirol – etwa am Inn, der Sill, der Ötztaler Ache oder am Ziller – massiv an. Zahlreiche Straßen mussten gesperrt werden. Bei Längenfeld wurde ein Straßenabschnitt auf der B 186 Ötztal Straße durch die hochwasserführende Ötztaler Ache buchstäblich weggespült. Innerhalb weniger Tage gelang es, mit vereinten Kräften unter Federführung der Straßenmeisterei, die Verbindung wiederherzustellen.

Dezember 2023



Starke Niederschläge und Stürme hielten Tirol über die Weihnachtsfeiertage in Atem. Mehrere Straßen mussten aufgrund umfallender Bäume, Felsstürze oder Lawinengefahr gesperrt werden. Einige Gemeinden und Ortsteile waren von der Außenwelt abgeschnitten. Der Ortsteil Hochgallmigg in der Gemeinde Fließ (Bezirk Landeck) musste nach einem Felssturz mehrere Tage über eine Luftbrücke versorgt werden.

Die Tiroler Mobilitätszukunft ist aufgegleist

Der Ausbau der modernen und effizienten Schieneninfrastruktur in Tirol schreitet voran. Das Land Tirol investiert auch 2024 in zahlreiche wichtige Mobilitätsprojekte.

Modern, barrierefrei und gut erreichbar – so soll das Bahnangebot in ganz Tirol aussehen. Auch heuer wird dafür wieder kräftig investiert: Bei den ÖBB sind 579 Millionen Euro für Infrastrukturprojekte vorgesehen, weitere 50 Millionen Euro kommen vom Land Tirol. „Große Projekte im Personenverkehr sind etwa der endgültige Abschluss der Bauarbeiten an den Bahnhöfen Rum und Telfs-Pfaffenhofen. Sie präsentieren sich bis spätestens Ende des Jahres als moderne Mobilitätsdrehscheiben, in denen Parkplätze für Fahrräder und Pkw, Bushaltestellen und Bahnanschluss miteinander vereint werden. Auch die Bauarbeiten in Fritzens-Wattens schreiten voran, weitere Modernisierungen an Bahnhöfen und Vorplätzen sind bereits in Planung“, freut sich Mobilitätslandesrat René Zumtobel.

Fast 100 Bahnhofstestellen gibt es in Tirol. Damit künftig auch im Tiroler Oberland noch flexibler agiert und der Fahrplan weiter ausgebaut werden kann, laufen bereits die Planungen für einen selektiven zweigleisigen Ausbau. 2023 wurden bereits wichtige Projekte abgeschlossen, wie etwa an der Bahnhofstestelle Schwarzsee in Kitzbühel oder die Modernisierung des Bahnhofes Thal (Gemeinde Assling). Allein in Osttirol wurden in den letzten Jahren insgesamt neun Bahnhöfe modernisiert oder neu errichtet.

Mobilität als Mosaik

Doch nicht nur auf der Schiene wird ausgebaut, auch das Busangebot wird

in ganz Tirol stetig optimiert und erweitert. Zunehmend kommen auch On-Demand-Services wie RegioFlink des Verkehrsverbund Tirol (VVT) zum Einsatz und stehen den Fahrgästen als ergänzendes Angebot zur Verfügung. Die wachsende Anzahl an E-Carsharing-Angeboten und Fahrradverleihsystemen vervollständigt das Mobilitätsangebot.

Das Fahrrad immer mitdenken

Auch Gemeinden sind in Sachen Mobilitätsinfrastruktur wichtige Partner. Im Rahmen des Tiroler Mobilitätsprogramms für Gemeinden 2023–2030 sowie über die Radinfrastrukturförderungen des Landes werden sie beispielsweise bei der Errichtung von überregionalen Fahrradwegen, Radabstellanlagen und Radverleihsystemen sowie beim Ankauf von (E-)Transportfahrrädern und vielem mehr durch das Land Tirol unterstützt. Denn das Potenzial zum Umstieg vom Pkw aufs Rad ist groß: Aktuell ist rund ein Drittel der alltäglichen Autofahrten in Tirol kürzer als drei Kilometer. Diese Strecke kann vielfach auch auf zwei Rädern zurückgelegt werden.

„Ausschlaggebend ist, das Fahrrad als Mobilitätsform bei allen Entscheidungen in der Gemeinde mitzudenken. In manchen Gemeinden gibt es dafür bereits eigene Radbeauftragte“, erklärt LR Zumtobel. „Sind wichtige Neubauten wie Schule, Kindergarten oder Supermarkt geplant, so kann nach Möglichkeit auch gleich der Standort dementsprechend gewählt werden. In einem idealen Szenario sind solche wichtigen Einrichtungen innerhalb von maximal 15 Minuten mit dem Fahrrad zu erreichen.“ Auch Begegnungszonen, verkehrsberuhigte Gebiete und vieles mehr tragen zur „Radfreundlichkeit“ und damit zur Reduktion von motorisiertem Individualverkehr in den Tiroler Gemeinden bei.

„Egal ob Bahn, Bus, Anrufsammeltaxi oder aktiv mit Fahrrad, Scooter oder zu Fuß – Mobilität wird sich künftig vermehrt ohne Auto abspielen: Wir sind mitten in der Mobilitätswende“, ist der Landesrat überzeugt. „In ganz Tirol wird fleißig geplant, investiert und gebaut, damit ein bequemer Umstieg auf klimafreundliche Mobilität für möglichst viele Menschen möglich ist und wir unsere in der Tiroler Nachhaltigkeits- und Klimastrategie festgelegten Ziele erreichen.“



579 Millionen Euro investieren die ÖBB 2024 in den Ausbau der Bahninfrastruktur in Tirol. Weitere 50 Millionen Euro kommen vom Land Tirol.



Fast **100 Bahnhofstestellen** gibt es in Tirol.



67 Millionen Öffi-Kilometer wurden im Jahr 2023 in Tirol insgesamt angeboten. Bis Ende 2024 kommt noch eine Million Schienenkilometer dazu.



Die Zahl der Öffi-StammkundInnen steigt weiter: Rund **170.000 Menschen** in Tirol verfügen über eine Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr.

A man in a dark blue suit and white shirt stands on a train platform, leaning on a metal railing. In the background, a train is visible, and a blue sign with the letters 'Z B' is hanging from the ceiling. The scene is brightly lit, suggesting daytime.

**„Wir sind mitten in der
Mobilitätswende.“**

- LR René Zumtobel



700 Wohnungen gesichert!

Das ist die Bilanz der Delogierungsprävention Tirol (DELO Tirol) vom Vorjahr. Die DELO berät und unterstützt Haushalte, die aufgrund von Mietrückständen oder Zwangsräumungen vom Verlust der Wohnung bedroht sind.

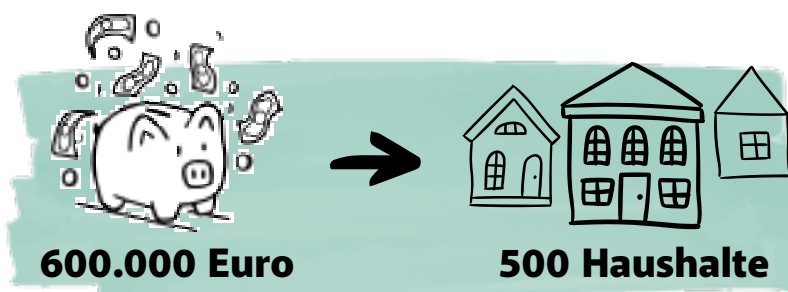
Viele Haushalte – insbesondere jene mit einem geringeren Einkommen – geraten aufgrund der Teuerung und der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt in finanzielle Engpässe. Kann die Miete nicht mehr bezahlt werden, droht die Wohnungslosigkeit. Hier hilft die Delogierungsprävention: Sie wurde im Jahr 2016 vom Land Tirol eingerichtet und ist beim Verein für Obdachlose angesiedelt. An insgesamt drei Beratungsstellen in Innsbruck, Wörgl und Imst bieten die MitarbeiterInnen privaten und gemeinnützigen MieterInnen ein kostenloses und auf Wunsch anonymes Beratungsangebot

sowie Unterstützung bei der Antragstellung für finanzielle Hilfe. Im Jahr 2023 konnten damit rund 700 Haushalte vor dem Verlust ihrer Wohnung bewahrt werden.

Mit dem Mietrückstandsfonds schuf das Land Tirol einen Fonds zur Unterstützung bei Mietrückständen und ähnlich dringenden Ausgaben zur Existenzsicherung. Im Jahr 2023 wurden

über die DELO knapp 200 Haushalte mit insgesamt 240.000 Euro aus diesem Fonds unterstützt.

„Die Delogierungsprävention ist aktuell wichtiger denn je. Sie bietet in finanziellen Notlagen Beratung und Hilfe und kann damit in sehr vielen Fällen Familien vor dem Verlust der Wohnung bewahren“, sagt Soziallandesrätin Eva Pawlata.



Mietrückstandsfonds – seit Juni 2021

Mittel für DELO Tirol werden aufgestockt

Für das Jahr 2024 werden – durch eine Indexierung von rund neun Prozent – rund 820.000 Euro für die DELO Tirol zur Verfügung gestellt. Der Mietrückstandsfonds wurde erst im Oktober des Vorjahres erneut aufgestockt: um 65.000 Euro auf 215.000 Euro. Insgesamt wurden aus dem seit 2021 bestehenden Fonds bis dato bereits über 500 Haushalte unterstützt. Hierfür wurden rund 600.000 Euro ausbezahlt.

Darüber hinaus gibt es auch die Möglichkeit, über die Delogierungsprävention die Hilfe des bundesweiten „Wohnschirms“ in Anspruch zu neh-

men. Seit Beginn im März 2022 wickelten die MitarbeiterInnen der DELO Tirol über 740 Fälle über den „Wohnschirm“ des Bundes ab.

Mehr Informationen zum „Wohnschirm“ unter: [🔗 wohnschirm.at](https://wohnschirm.at)

Frühzeitig intervenieren, langfristig nachsorgen

Bei drohendem Wohnungsverlust geht es darum, rasch zu intervenieren. Daher wird eine möglichst frühzeitige Kontaktaufnahme mit der DELO Tirol empfohlen. „Wir entwickeln gemeinsam mit den Betroffenen realistische Lösungsansätze, damit sie entweder in ihren vier Wänden bleiben oder

Alternativen erarbeitet werden können“, erklärt Michael Hennermann, Geschäftsführer der Delogierungsprävention.

Damit Betroffene den Wohnraum nachhaltig sichern und die Gefahr, erneut in einen Mietrückstand zu geraten, minimieren können, rät die Delogierungsprävention Betroffenen, ihre Ansprüche auf Mindestsicherung, Mietzins- und Wohnbeihilfe sowie sonstige Zuschüsse geltend zu machen. Außerdem vermittelt sie an Sozialberatungsstellen weiter. Hierzu zählt auch die Sozialberatungsstelle BARWO, die ebenfalls vom Verein für Obdachlose betrieben wird.

Mehr Informationen zur Delogierungsprävention Tirol unter: [🔗 delo.tirol](https://delo.tirol)



„Die Delogierungsprävention kann viele Familien vor dem Verlust der Wohnung bewahren.“

– LRⁱⁿ Eva Pawlata

Delogierungsprävention Tirol

Beratungsstelle Innsbruck

Montag bis Freitag: 9 bis 12 Uhr
Mittwoch: 16 bis 18 Uhr
Kapuzinergasse 43/EG
6020 Innsbruck

☎ 0664 195 4348

✉ office@delo.tirol

Beratungsstelle Wörgl

Montag und Donnerstag:
9 bis 12 Uhr
Dienstag: 13 bis 16 Uhr
Bahnhofstraße 53, 2. Stock
6300 Wörgl

☎ 0664 917 9419

✉ woergl@delo.tirol

Beratungsstelle Imst

Dienstag: 9 bis 12 Uhr
Donnerstag: 13 bis 16 Uhr
Christian-Plattner-Str. 6
6460 Imst

☎ 0664 167 4854

✉ office@delo.tirol

Treffen sich neun LandtagspräsidentInnen ...



Die LandtagspräsidentInnen kommen in regelmäßigen Abständen zusammen – wie hier vergangenen Herbst in Wien.

... eigentlich sind es sogar zehn – Südtirols Landtagspräsidentin ist nämlich auch dabei. Die Rede ist von der österreichischen LandtagspräsidentInnen-Konferenz. Dieses Gremium tagt zweimal jährlich, der Vorsitz wechselt alle sechs Monate. Seit 1. Jänner 2024 liegt er beim Tiroler Landesparlament bzw. seiner Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann.

Seit der Bundesverfassung von 1920 ist die Republik Österreich ein föderaler Staat. Das spiegelt sich in mehreren Institutionen wider, etwa auch im Vorhandensein einer Länderkammer – dem Bundesrat – und den neun Landtagen mit ihren Gesetzgebungsbefugnissen. Ähnlich alt wie die föderalen Strukturen ist auch die Debatte um ihre Ausprägung, also welche und wie viele Kompetenzen dem Gesamtstaat bzw. den Bundesländern zukommen.

Deshalb wird vor allem seitens der Länder auch genau hingesehen, wie sich bundesstaatliche und auch europäische Entscheidungen auf ihre Zuständigkeiten auswirken. Die LandtagspräsidentInnen-Konferenz spielt dabei eine

wichtige Rolle. Als überparteiliches Gremium vernetzt sie seit den 1970er-Jahren die Vorsitzenden der neun Länderparlamente und ermöglicht es ihnen, Anliegen mit einer Stimme zu vertreten.

Gleiche Herausforderungen – gemeinsame Antworten

Auch dient die Konferenz als Plattform zum parlamentarischen Austausch, denn politische wie gesellschaftliche Phänomene, Herausforderungen und Chancen betreffen die Landtage meist in ähnlicher Weise. Entsprechend sinnvoll ist es, diesen gemeinsam zu begegnen. So wurden und werden etwa Projekte, die die Jugendbeteiligung bei demokratischen Prozessen fördern sollen, thematisiert und Aspekte, die zur Stärkung des Föderalismus in Österreich beitragen können, beleuchtet. Und nicht zuletzt werden bei der Konferenz auch ganz praktische Fragen diskutiert – wie etwa die digitale Barrierefreiheit in den Landtagen.

Um die Landespolitik mit jener des Bundes zu verbinden, nimmt auch die Präsidentin/der Präsident des Bundesrates an der Versammlung teil, berichtet über aktuelle Schwerpunktsetzungen der Länderkammer und trägt wiederum Themen der Konferenz in das Bundesparlament. Außerdem bei den Treffen dabei: Südtirol. Aufgrund der historischen und der nach wie vor engen Verbindung zwischen Österreich und dem ehemaligen Landesteil ist die/der Südtiroler LandtagspräsidentIn beobachtendes Mitglied.

Die nächste Konferenz der LandtagspräsidentInnen findet am 2. und 3. Juni 2024 statt – und zwar in Hall in Tirol. Denn es obliegt dem jeweils vorsitzführenden Landtag, die halbjährliche Versammlung auszurichten. LTPⁱⁿ Sonja Ledl-Rossmann hat seit Jahresbeginn den „Lead“ inne. Ihre Aufgabe ist es, in den kommenden Monaten den Austausch mit bzw. zwischen ihren AmtskollegInnen zu fördern, die gemeinsame Sitzung vorzubereiten und schließlich auch zu leiten. Als Vorsitzende vertritt sie die LandtagspräsidentInnen-Konferenz nach außen und fungiert als zentrale Ansprechpartnerin.

Austausch im großen Rahmen

Außerdem arbeiten die österreichischen LandtagspräsidentInnen auch mit ihren deutschsprachigen KollegInnen zusammen – etwa bei der jährlich stattfindenden Europa-Konferenz in Brüssel. Dort treffen sich die LänderparlamentspräsidentInnen von Österreich, Südtirol, Deutschland sowie der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, um Themen mit europäischer Dimension zu debattieren. Zuletzt war das am 21. Jänner 2024 der Fall. Ergebnis der Konferenz ist etwa die Brüsseler Erklärung (siehe Weblink) zur Stärkung der Teilhabe am demokratischen Leben und Förderung der Europabildung von Kindern und Jugendlichen. Darin betonen die PräsidentInnen die Rolle der Regionalparlamente als niederschwellige Lern- und Erfahrungsorte für die Demokratiebildung von Jugendlichen in unseren Ländern. Pluralistischer Parlamentarismus ist hier erlebbar und kann auch über Parti-

zipationsformate mitgestaltet werden. Durch den Austausch von jungen BürgerInnen und Abgeordneten sollen Kinder- und Jugendbelange in allen Politikbereichen berücksichtigt werden. Zudem unterstrichen die LandtagspräsidentInnen, dass Regionalparlamente als bürgernahe Institutionen auch wichtige Vermittler europäischer Politik in den Bundesländern sind. Als solche sollen sie weitere Schritte setzen, um die Europabildung zu fördern.



LTPⁱⁿ Sonja Ledl-Rossmann übernahm von ihrem Wiener Amtskollegen Ernst Woller zu Jahresbeginn den Vorsitz in der österreichischen LandtagspräsidentInnen-Konferenz.

Hier geht es zum Text der
Brüsseler Erklärung:

tirol.gv.at/BrüsselerErklärung



Landtage sind als Regionalparlamente sehr nahe an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger angesiedelt. Damit kommt ihnen eine besondere Rolle und auch Verantwortung zu – etwa, wenn es um Themen wie Transparenz, Teilhabe und Kommunikation geht. Der regelmäßige präsidiale Austausch hilft dabei, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Gemeinsam suchen wir nach neuen Ansätzen in der Parlamentsarbeit, sprechen über Erfahrungen aus der Praxis und vertreten zentrale Anliegen mit einer starken, geeinten Stimme nach außen. Als Vorsitzende der österreichischen LandtagspräsidentInnen-Konferenz werde ich mich mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen weiter eng vernetzen und Akzente setzen, zum Beispiel in der politischen Bildung.

Sonja Ledl-Rossmann

Landtagspräsidentin



KO Jakob Wolf

Tiroler VP



KO Elisabeth Fleischanderl

SPÖ



KO Markus Abwerzger

FPÖ

Laptop & Lederhose

Die Tiroler Landesverwaltung – und hier allen voran die Bezirkshauptmannschaften als moderne und bürgernahe Visitenkarten in den Regionen – genießen einen ausgezeichneten Ruf. Und trotzdem ist es wichtig, die Prozesse und Vorgänge permanent auf den Prüfstand zu stellen, um sich stetig zu verbessern. Mit der Einsetzung eines sogenannten „Tirol Konvent“ hat unser LH Anton Mattle als oberster Personal- und Behördenchef jetzt einen wichtigen Schritt gesetzt. Bis Jahresende sollen konkrete Empfehlungen vorliegen.

Tatsache ist: Bei der Digitalisierung gibt es zweifelsohne noch Luft nach oben. Wie beim Onlinebanking sollen künftig die Bürgeranliegen direkt am Handy und ohne persönliche Vorsprache im Amt eingebracht werden können. Dasselbe gilt für Projekte: Auch hier wird die Digitalisierung für schnellere Verfahren sorgen und ist damit auch ein wichtiger Impuls für einen modernen und attraktiven Wirtschaftsstandort Tirol.

Modern, serviceorientiert, auf Augenhöhe: Mitbestimmung für eine bessere Landesverwaltung

Was Tirol auszeichnet, ist Unterstützung auf Augenhöhe. Diesen Grundsatz wollen wir weiter stärken, auch in der Landesverwaltung. Den Wandel vorantreiben, noch mehr hin zur serviceorientierten Anlaufstelle: Dafür steht der Tirol Konvent 2024 – als Initiative der schwarz-roten Koalition und Wille, besser zu werden. Dass die Tirolerinnen und Tiroler dabei ein gewichtiges Wort mitreden, ist besonders begrüßenswert. Denn sie sind es, für die das Land steht und die aus eigener Erfahrung mit der Verwaltung wissen, was funktioniert und was nicht.

Das muss gehört und genutzt werden: Hand in Hand mit dem Bürger:innenrat, mit professioneller Expertise, zeitnah und ohne Scheuklappen. Weil die Tirolerinnen und Tiroler niemals Bittstellerinnen und Bittsteller sein dürfen – und die beste Dienstleistung nichts bringt, wenn sie nicht bei den Menschen ankommt.

Einen Konvent einzuberufen beweist die Unfähigkeit von ÖVP & SPÖ

Die kürzeste Regierungsklausur in der Tiroler Geschichte, weniger als 20 Stunden, und die magere Bilanz des Treffens, ist nämlich eine wiederholte Verwaltungsreform. Jetzt aber einen 27-Köpfigen Rat einzusetzen ist ein reines Placebo, ein Ablenkungsmanöver für die eigene Unfähigkeit von ÖVP und der SPÖ. Es sind ja nicht einmal alle Zielbestimmungen der Reform von 2017 umgesetzt worden, daher braucht es keinen aufgeblasenen Konvent, sondern die Regierung soll einfach selber in die Gänge kommen, wofür eine Klausur von weniger als 20 Stunden, aber sicherlich nicht ausreicht.

Erster Schritt für eine rasche Verwaltungsreform und Entbürokratisierung wäre es die Jahresberichte der Landesvolksanwaltschaft zu lesen, da findet man genügend Vorschläge für dringend notwendige Reformen, die Berichte sind der beste Seismograph für Missstände und Politversagen.





KO Markus Sint

Liste Fritz

Um die echten Sorgen der Tiroler kümmern!

Eine moderne Verwaltung hat für die Bürger da zu sein und nicht umgekehrt. Daher unterstützen wir Vorschläge, wie das Service für die Bürger weiter zu verbessern ist. Momentan plagen die Tiroler aber andere Sorgen: Massive Teuerung. Hohe Gas-, Fernwärme- und Strompreise. Die TIWAG-Massenkündigung von 100.000 Stromkunden. Tausende Tiroler sind verärgert, verzweifelt, verunsichert. Das Landesunternehmen TIWAG muss die Tiroler und nicht nur seinen Gewinn im Blick haben!

TIWAG braucht neuen Kurs: Muss für Tiroler da sein!

Im Sonderlandtag zu den Missständen in der TIWAG hat Landeshauptmann Anton Mattle die Auskunft verweigert, ob er von den 100.000 Kündigungen gewusst hat, aber nichts getan hat, was schlimm ist. Oder ob er gar nichts gewusst hat, was ein Skandal ist! Die Liste Fritz setzt sich weiter dafür ein, dass TIWAG und ÖVP-SPÖ-Landesregierung die Massenkündigungen stoppen und die Tiroler den günstigsten Strompreis in Österreich bekommen.

**Liste
Fritz.
Tirol**



KO Gebi Mair

Grüne

Die TIWAG und das Faxgerät

Während die Aufregung rund um GemNova, MCI, ÖVP-Postenschacher und TIWAG-Desaster am Höhepunkt ist, möchte die Landesregierung lieber über Faxgeräte in der Landesverwaltung diskutieren. Da machen wir nicht mit. Denn die Tiroler*innen haben sich Antworten verdient. Zum Beispiel bei der TIWAG: 100.000 Stammkund*innen werden durch die Kündigungen in einen neuen Vertrag gedrängt. Wer nicht nachgibt, kommt in die „Grundversorgung“, mit völlig unklaren Regeln. Dabei waren die Kündigungen nicht notwendig.

Die TIWAG müsste nur Verträge im Interesse ihrer Kund*innen machen. Wir Grüne fordern von Mattle/Dornauer, die Kündigungen zurückzunehmen und der TIWAG ein neues Statut zu verpassen: In Zukunft soll sie im öffentlichen Auftrag arbeiten MÜSSEN. Mit Versorgungssicherheit, leistbaren Strompreisen, niedrigeren Managergehältern und ökologisch nachhaltiger Produktion statt der Zerstörung von Mooren und unverbauten Tälern.

DIE GRÜNEN
Tirol



KO Dominik Oberhofer

Neos

Schwarz/rot bürokratisiert an Lebensrealität vorbei!

In der Pandemie wurde die Verwaltung auf allen Ebenen aufgepöppelt. Statt Bürokratieabbau durch Digitalisierung ist genau das Gegenteil der Fall: Das Landhaus ist der letzte Ort, an dem das Faxgerät im Alltag überlebt hat. Durch Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Förderung werden die Bürger:innen immer mehr zu Bittstellern degradiert. Der jetzt angekündigte Tirol-Konvent bringt das Fass zum Überlaufen: Bürokratie wird mit noch mehr Bürokratie bekämpft! Dabei wäre es so einfach: Entlastung der Menschen durch Digitalisierung, die den Nutzer in den Vordergrund stellt und vor allem das Kübeln von sinnlosen Vorschriften, Abgaben und Doppelförderungen.

Wir NEOS haben uns vor knapp 10 Jahren mit dem Ziel gegründet, das Leben der Menschen im Alltag zu erleichtern. Schwarz – Rot zeigt sich beharrlich. Wir versprechen Ihnen: Wir geben nicht auf!

NEOS
Freiheit
Parteilichkeit
Demokratie
TIROL

Förderung vom Land Tirol für Sonnenstrom-Speicher

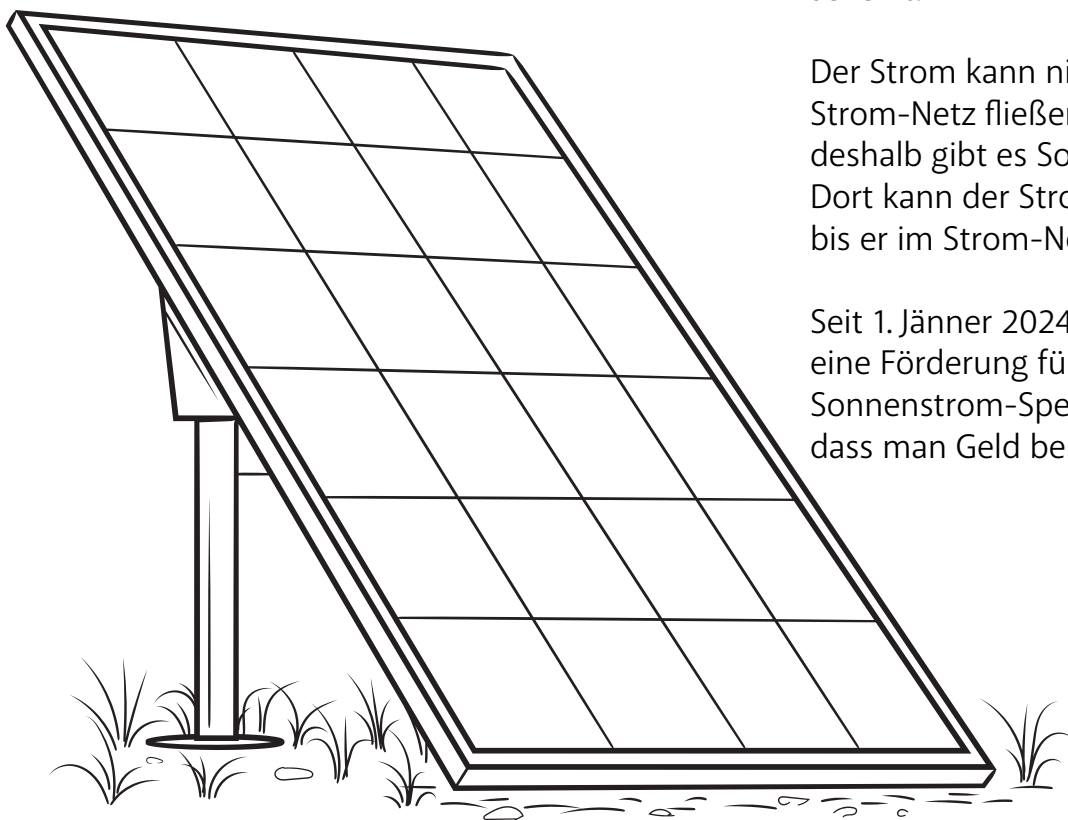


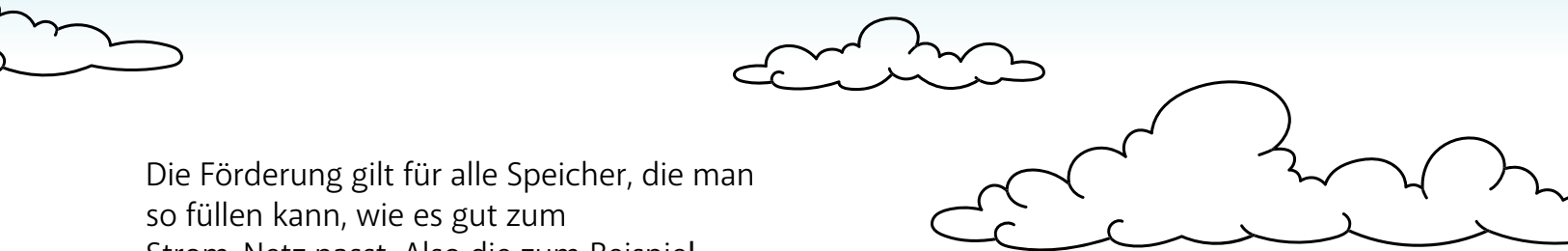
Mit Photo-Voltaik-Anlagen erzeugt man Strom aus Sonnenlicht. Sie bestehen aus großen Platten. Die Platten kann man zum Beispiel auf Haus-Dächern montieren. Wenn man eine Photo-Voltaik-Anlage am Dach hat, erzeugt sie oft mehr Strom, als man selbst braucht.

Dieser Strom kann ins öffentliche Strom-Netz fließen. Das öffentliche Strom-Netz ist für alle da und versorgt alle Häuser mit Strom. Zu bestimmten Zeiten erzeugen alle Photo-Voltaik-Anlagen sehr viel Strom. Zum Beispiel im Sommer, wenn viel Sonne scheint.

Der Strom kann nicht auf einmal ins Strom-Netz fließen. Das wäre zu viel, deshalb gibt es Sonnenstrom-Speicher. Dort kann der Strom gespeichert werden, bis er im Strom-Netz gebraucht wird.

Seit 1. Jänner 2024 gibt es vom Land Tirol eine Förderung für solche Sonnenstrom-Speicher. Das bedeutet, dass man Geld bekommen kann.





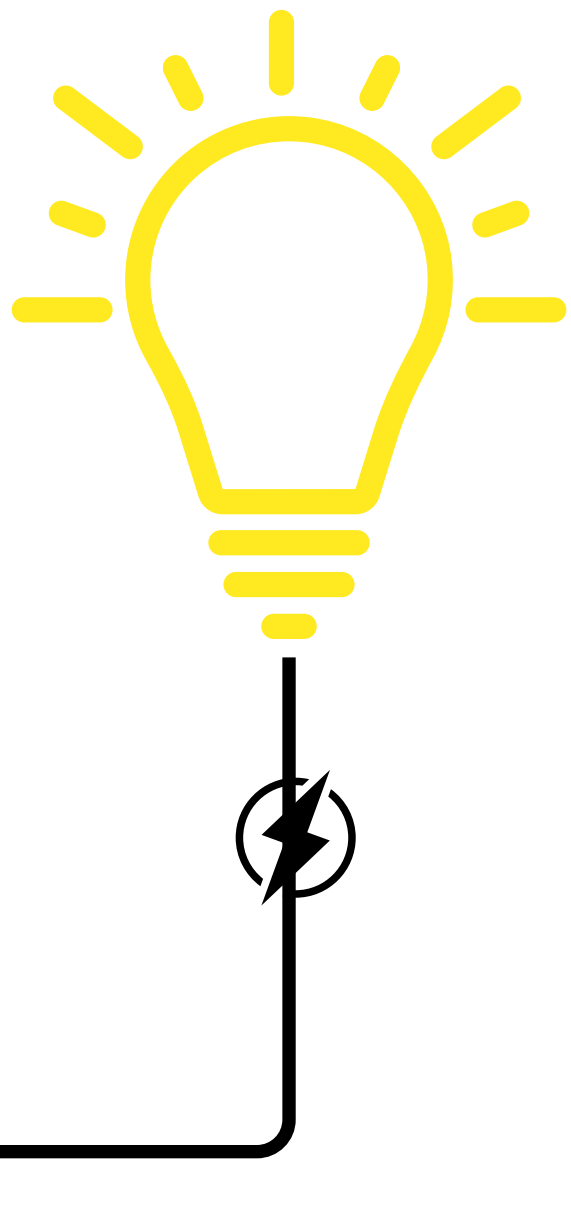
Die Förderung gilt für alle Speicher, die man so füllen kann, wie es gut zum Strom-Netz passt. Also die zum Beispiel nicht gefüllt werden, wenn es schon genug Strom im Strom-Netz gibt.

Land Tirol baut Strom-Netze aus

Im Jahr 2022 wurde in Tirol sehr viel Strom aus Sonnen-Licht erzeugt:
249 Millionen Kilo-Watt-Stunden.
Das ist so viel, wie 7.000 Haushalte in einem Jahr verbrauchen.
2023 sind viele neue Photo-Voltaik-Anlagen dazu gekommen.
Man schätzt, dass es mindestens 7.000 Anlagen sind.

Von diesen Anlagen kommt wieder Strom ins Strom-Netz.
Dadurch gibt es sehr viel Strom im Strom-Netz. 3 Prozent der Strom-Netze in Tirol haben schon ihre Grenze erreicht.
Sie können nicht noch mehr Strom verarbeiten.

Aber Sonnenstrom ist gut,
weil er der Umwelt nicht schadet.
Es ist also gut, wenn es viel davon gibt.
Daran sollen auch die Strom-Netze in Tirol angepasst werden.



Wie funktioniert die Förderung für Sonnenstrom-Speicher?

Wer kann einen Antrag stellen?

- Natürliche Personen.
Das sind Privat-Personen.
Sie müssen ihren Haupt-Wohnsitz oder ihren Neben-Wohnsitz in Tirol haben.
- Juristische Personen. Das sind zum Beispiel Betriebe oder Vereine. Sie müssen ihren Standort in Tirol haben.

Wofür bekommt man die Förderung?

Man bekommt die Förderung für Strom-Speicher.

In einem Strom-Speicher sind Batterien.

Es gibt unterschiedliche Arten von Batterien. In manchen Batterien ist das Metall Lithium und in anderen das Metall Natrium.

Die Förderung gilt für beide Arten.

Der Strom-Speicher muss einen Wechsel-Richter haben, den man steuern kann.
Ein Wechsel-Richter ist ein kleines Gerät.
Der Wechsel-Richter wandelt den Sonnenstrom um, damit er zum Strom-Netz passt.

Die Förderung gilt für alle Speicher, die ab dem 1. Jänner 2024 in Betrieb gehen.

Wie viel Förderung bekommt man?

Man misst den gespeicherten Strom in Kilo-Watt-Stunden.

Man bekommt 150 Euro Förderung für jede Kilo-Watt-Stunde Strom, die der Speicher speichern kann.
Höchstens bekommt man die Förderung für 10 Kilo-Watt-Stunden, also 1.500 Euro.

Man bekommt die Förderung für einen neuen Strom-Speicher oder wenn man den alten Strom-Speicher erweitert.

Die genauen Regeln für die Förderung stehen im Internet:

☑ tirol.gv.at/energiefoerderungen





Diese Architektur folgt der Idee eines „aufziehenden Adlers“. Die Führung zur Baugeschichte des Gauhauses mit Hilde Strobl findet am 1. März 2024 statt.

Vom Gauhaus zum Landhaus

Bis 4. Mai 2024 läuft eine Ausstellung, die sich der Geschichte des größten noch bestehenden NS-Baus in Tirol widmet: Die multimediale Schau im früheren Gauhaus und jetzigen Landhaus 1 wird begleitet von Vorträgen, Diskussionen und Führungen.

„Bisher nutzten bereits mehrere tausend Besucherinnen und Besucher die einmalige Chance, die Geschichte eines lange verschwiegenen Täterortes unmittelbar in den Räumen des damaligen Gauleiters kennenzulernen“, hält LH Anton Mattle fest. Die Ausstellung im Landhaus 1 ist bis 4. Mai 2024 außerhalb der Sonn- und Feiertage täglich von 9 bis 17 Uhr kostenfrei zugänglich. Um Wartezeiten zu vermeiden, ist für Gruppenbesuche eine Terminvereinbarung über das Online-Anmeldesystem des Landes unter termin.tirol.gv.at notwendig.



LH Anton Mattle und LAD Herbert Forster (li.) in der bis 4. Mai laufenden Ausstellung „Vom Gauhaus zum Landhaus. Ein Tiroler NS-Bau und seine Geschichte“.

„Ich lade besonders junge Menschen ein, ins Landhaus zu kommen“, erinnert LH Mattle an das speziell für Schulklassen erstellte Vermittlungsangebot der Ausstellung. Das Begleitprogramm ist eine Kooperation des Landes mit ERINNERN:AT, dem Archiv für Bau.Kunst.Geschichte und dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, der PH Tirol sowie dem Gemeindemuseum Absam.

Veranstaltungen

**6. Februar 2024,
18 Uhr:**

Arbeitseinsatz für das Reich.
Zwangsarbeit in Tirol 1939–1945
Gespräch mit Sabine Pitscheider
und Horst Schreiber
📍 Großer Saal, Landhaus 1

**1. März 2024,
15.30 Uhr:**

„Idee des aufziehenden Adlers“.
Die Architektur des Landhauses
Führung mit Ausstellungs-
kuratorin Hilde Strobl
📍 Treffpunkt vor
dem Eingang Landhaus 1

**12. März 2024,
18 Uhr:**

Die Gedächtnislandschaft Tirols
und der Eduard-Wallnöfer-Platz
Diskussion mit Kathrin Aste,
Christopher Grüner und
Horst Schreiber
📍 Großer Saal, Landhaus 1

**9. April 2024,
18 Uhr:**

(Ver)störende Orte und die Rolle
künstlerischer Interventionen
Diskussion mit Tanja Schult
(Norwegen), Angela Koch (Linz),
Franz Wassermann (Wien),
Sabine Brantl (München)
📍 Großer Saal, Landhaus 1

**26. April 2024,
14 bis 16 Uhr:**

Der Mord an psychisch und
geistig beeinträchtigten Men-
schen in der NS-Zeit. Rundgang
am Gedenkort Hall zur NS-Eu-
thanasie mit Oliver Seifert
Anmeldung per E-Mail
erforderlich: kultur@tirol.gv.at
📍 Landeskrankenhaus Hall i.T.

Aktuelle Informationen zur Aus-
stellung und zu den begleiten-
den Veranstaltungen:

🔗 tirol.gv.at/erinnern



Wolfgang Berndorfer ist Experte für digitale Barrierefreiheit. Seit 2020 arbeitet er beim Land Tirol.

Digitale Barrierefreiheit ist keine Raketenwissenschaft

Bereits auf dem Weg zum Gespräch mit Wolfgang Berndorfer, Experte für digitale Barrierefreiheit beim Land Tirol, versuche ich, mich in die Lage von Menschen mit Sehbehinderungen zu versetzen. Ich schärfe meine Sinne, spitze die Ohren und achte auf mögliche Hindernisse. Einem Lastwagen, der den Gehsteig blockiert, und zwei Fahrrädern, die den Weg behindern, muss ich ausweichen, eine ausgefallene Ampel an einer viel befahrenen Kreuzung erfordert einen Blick nach links und rechts, bevor ich die Straße überqueren kann, und ich nehme den Lärm einer Baustelle und vorbeifahrende Autos wahr. Doch nicht nur kurze Strecken wie diese stellen Menschen mit Seh-Behinderungen vor Herausforderungen: Auch im Internet lauern Barrieren. Sie erschweren den Zugang zu Informationen oder machen ihn gar unmöglich.

Von digitaler Barrierefreiheit profitieren alle

Wolfgang Berndorfer ist seit 2020 beim Land Tirol beschäftigt. Dort widmet er sich als Mitarbeiter der Ombudsstelle für barrierefreies Internet, die in der Servicestelle Gleichbehandlung und Antidiskriminierung angesiedelt ist, der Überwachung und Umsetzung der europaweit gültigen Barrierefreiheitsstandards. „Ich bin sehbehindert, aber nicht blind. In der Mitte sehe ich nichts, nur die Peripherie ist quasi intakt“, erklärt Berndorfer und bezeichnet den Screen Reader – wörtlich übersetzt „Bildschirm-Leser“ – als eines seiner wichtigsten Hilfsmittel am Arbeitsplatz. „Damit kann ich mir vorlesen lassen oder über die Braillezeile lesen.“

Digitale Barrierefreiheit ist für alle Menschen wichtig – besonders aber für sehbehinderte und blinde Menschen, denn sie eröffnet beispielsweise viele neue berufliche Möglichkeiten. „Voraussetzungen dafür sind aber barrierefreie Programme und Dokumente. Erst dann können blinde und sehbehinderte Menschen wirklich neue Berufsfelder erschließen, die sie bisher nicht so selbstständig und selbstbestimmt ausüben konnten“, erklärt Berndorfer.

Seit 2018 sind öffentliche Stellen wie Bund, Länder oder Gemeinden noch stärker gesetzlich verpflichtet, ihre Internetseiten und mobilen Anwendungen barrierefrei zu gestalten. Im Tiroler Antidiskriminierungsgesetz 2005 wurde dies bereits verpflichtend festgeschrieben.

Erfolgskriterien für digitale Barrierefreiheit

Nach den WCAG (Web Content Accessibility Guidelines – Leitlinien für die Zugänglichkeit von Webinhalten) gibt es 86 so genannte Erfolgskriterien für die digitale Barrierefreiheit. Sie sind in drei Konformitätsstufen A, AA und AAA unterteilt. Davon sind rund 50 gesetzlich einzuhalten und die weiteren im Rahmen der Ressourcen empfohlen. Dazu gehört beispielsweise, ob Webinhalte wahrnehmbar, bedienbar oder verständlich sind. Videos müssen mit Untertiteln versehen sein. Bilder und Diagramme benötigen alternative Textbeschreibungen. Texte müssen ohne Verlust von Inhalt und Funktionalität in einem vorgegebenen Rahmen vergrößert werden können.

„Es ist wichtig, dass mehr Menschen über digitale Barrierefreiheit Bescheid wissen.“

– Wolfgang Berndorfer

Derzeit prüft Berndorfer PDF-Dateien auf ihre Barrierefreiheit. „Ich schaue mir zum Beispiel Überschriften genau an und prüfe, ob sie sinnvoll gestaltet sind“, sagt er. „PDF-Dateien ohne Überschriften sind sehr mühsam, weil man den Inhalt nicht filtern und querlesen kann. Dann kommt der technische Teil. Im PDF oder auf einer Webseite darf eine Überschrift nicht einfach nur groß und fett oder mit verschiedenen Schriftarten gestaltet sein, denn dann kann der Screen Reader Überschriften nicht als solche erkennen. Ein Screen Reader stößt auch dann an seine Grenzen, wenn die Seiten unstrukturiert aufgebaut sind

und die Lesereihenfolge nicht stimmt. Stehen beispielsweise in einem PDF Texte in zwei Spalten technisch nicht korrekt nebeneinander, dann wird die erste Zeile der ersten Spalte und gleich darauf die erste Zeile der zweiten Spalte vorgelesen. Das ergibt keinen Sinn“, sagt der Experte.

Immer am Ball bleiben

Wolfgang Berndorfer hat Philosophie und Theologie studiert. Nach dem Studium unterrichtete er drei Jahre lang und war dann 25 Jahre in der Blinden- und Sehbehindertenberatung tätig. Zusätzlich absolvierte er einen zweijährigen Universitätslehrgang für digitale Barrierefreiheit an der Universität Linz und bildete sich autodidaktisch weiter. Der Mitarbeiter der Ombudsstelle hat seine Leidenschaft zum Beruf gemacht. „Man muss immer am Ball bleiben“, sagt er, „sonst verpasst man die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen. Es gibt ständig neue Techniken und Hilfsmittel.“ Berndorfer wünscht sich, dass das Thema digitale Barrierefreiheit stärker in der Ausbildung verankert wird: „Es ist wichtig, dass mehr Menschen über digitale Barrierefreiheit Bescheid wissen. Bestimmte Begriffe und Anforderungen sollte jede und jeder kennen – einerseits um zu sensibilisieren, andererseits um Berührungspunkte zu nehmen. Digitale Barrierefreiheit ist keine Raketentechnologie“, so sein Fazit.



Die Braillezeile ist ein taktiles Ausgabegerät. Es ermöglicht blinden und sehbehinderten Menschen, Informationen zu lesen. Dabei kann es sich um Texte, Bilder, Symbole oder Grafiken handeln.

Tipps für einen barrierefreien Textaufbau

- **Überschriften** müssen aussagekräftig sein und den Inhalt gut zusammenfassen, damit die Informationen gefiltert und quergelesen werden können. Außerdem müssen bei der Formatierung **Formatvorlagen** verwendet werden.
- **Absätze oder Aufzählungen** einfügen. Gut gegliederte Texte sind hilfreich. Vor allem für Menschen, die ein Vorleseprogramm benutzen, denn sie helfen, Inhalte schnell zu finden.
- Vergessen Sie nicht, bei nicht deutschen Ausdrücken oder Textpassagen die **Sprache entsprechend einzustellen**. Die Textabschnitte werden sonst unverständlich vorgelesen.



Klicktipp:

In einem Video gibt Wolfgang Berndorfer einen Einblick in seinen Aufgabenbereich.

Hier geht's zum Video:



Am Fernpass tut sich was



Fernpass-Paket

- 7,5t-Fahrverbot bleibt aufrecht
- Keine neue Transitroute
- Weitere Maßnahmen an B179 Fernpassstraße



Verlässliche Anbindung

- Zweite Röhre Lermooser Tunnel
- Errichtung Fernpasstunnel
- Abfahrverbote und Kontrollen



Fernpass-Durchzugsmaut

- Nachhaltige Finanzierung ab dem ersten Auto durch den Fernpasstunnel
- Einnahmen bleiben im Bezirk
- Ermäßigte Mehrfahrtenkarten

Außerfern-Förderung

Unabhängig von der Durchzugsmaut erhält jeder Haushalt im Außerfern einen finanziellen Beitrag in Form einer Regionalwährung



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.tirol.gv.at/fernpass